

Nachfolgend veröffentlichen wir zwei Beiträge, die in der von der LTTE in Jaffna herausgegebenen Zeitung 'Inside Report' erschienen. Im ersten Beitrag beschäftigt sich Adele Ann - die australische Ehefrau des LTTE-Sprechers Balasingham - mit der Rolle der westlichen Staaten und ihrer einseitigen Verurteilung der LTTE für die Wiederaufnahme militärischer Auseinandersetzungen. In einem Kommentar macht die LTTE darauf aufmerksam, daß nicht alle Türen für die Fortführung politischer Verhandlungen zugeschlagen sind. Die Übersetzung übernahm Jürgen Clemens.

Diplomatische Nettigkeiten

Der Rückzug der LTTE von den politischen Verhandlungen und die Aufhebung des Waffestillstands führte zu unzähligen internationalen Reaktionen. Dem Vorbild der USA folgend haben viele Staaten und auch Staatenbündnisse, wie die Europäische Union, Protestnoten verfaßt. Die Verurteilung der Rückzugsentscheidung der LTTE ist allerdings bedauernd und nicht ohne Auswirkungen auf die zukünftige Politik des Landes. Die Verurteilung der LTTE, zusammen mit dem Unterstützungsangebot an die Regierung Kumaratunga, ist eine voreilige und überzogene Reaktion. Es wird wohl niemanden auf der Welt geben, der den Abbruch von Friedensverhandlungen nicht als eine bedauernd wertvolle und enttäuschende Entwicklung betrachten würde. In der Tat, Frieden ist ein hohes Ziel. Konfliktparteien beginnen solche Verhandlungen freiwillig mit dem Ziel, einen Konflikt beizulegen. Solche Verhandlungen beginnen aber nicht ad-hoc oder aus Naivität. Ihnen geht vielmehr eine Analyse der Konfliktsituation und der jeweiligen Möglichkeiten voraus. Jedoch verändern sich die Fakten und Einschätzungen permanent, insbesondere im politischen Bereich. Dies sollte auch der westlichen Diplomatie bekannt sein. Obwohl ihnen die Hintergründe bekannt sind, haben sie in ihren politischen Verlautbarungen die der LTTE-Entscheidung zugrunde liegenden Faktoren nicht berücksichtigt. Schließlich, und besonders enttäuschend, haben diese Regierungen der LTTE nicht das Recht zugestanden, sich als Verhandlungspartei von den Verhandlungen zurückzuziehen.

Wo liegen die Beweggründe der westlichen Regierungen zur Verurteilung der LTTE-Entscheidung? Es darf ausgeschlossen werden, daß dies nur eine diplomatische Formsache ist. Genauso wenig ist davon auszugehen, daß diese Regierungen nicht über die Hintergründe und Standpunkte der Verhandlungsparteien informiert waren. Ihren Geheimdiensten dürfte die Korrespondenz zwischen dem LTTE-Führer Pirabakaran

und der Präsidentin Kumaratunga kaum verborgen geblieben sein. So haben die LTTE-Vertreter die diplomatischen Beobachter über ihre Bedenken und ihren Unmut über den Verlauf und den mangelnden Fortschritt der Verhandlungen informiert und dabei auf die möglichen Konsequenzen hingewiesen, für den Fall, daß die Regierung sich nicht ernsthaft mit den Forderungen der LTTE auseinandersetzt.

Weshalb haben diese Regierungen nun ihre neutrale Position aufgegeben und verurteilen einseitig die LTTE? Sind sie enttäuscht, daß ihre Eigeninteressen nun durch die Entscheidung der LTTE unterlaufen wurden? Es ist allgemein bekannt, daß viele Länder an stabilen innenpolitischen Verhältnissen in Sri Lanka interessiert sind. Dann könnten tausende von tamilischen Flüchtlingen wieder in ihre Heimat zurückkehren und ein sozialpolitisches Problem in den Aufnahmeländern gelöst werden. Auch wenn dies recht einfach nachzuvollziehen ist, so kann in der Flüchtlingsfrage nicht der alleinige Grund für eine solche Verurteilung liegen. Oder sind diese Länder einfach frustriert über den Fehlschlag und möchten die Konfliktparteien durch Druck auf die LTTE wieder an der Verhandlungstisch bringen? Wenn dabei alleine der Wunsch nach Frieden für die Bevölkerung Sri Lankas zugrunde lag, wie eine englischsprachige Tageszeitung in Colombo kommentierte, so haben sich die Regierungen doch in der Tonart vergriffen und die sonst üblichen diplomatischen Kommunikationskanäle ausgelassen. Die Einhaltung der üblichen diplomatischen Verfahrensweisen hätte, zusammen mit einer direkten Kontaktaufnahme und Vermittlung im Hintergrund, eine größere Aussicht, die beiden Parteien wieder zu Verhandlungen zu bewegen. Nun haben die jüngsten internationalen Erklärungen jedoch die Wiederaufnahme von Verhandlungen unnötig belastet. Die Feststellung, daß die Präsidentin keinerlei Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen trage, wird von ihr zwei-

fellos als eine Zustimmung zu ihrer Politik interpretiert. Dies wird insbesondere den Falken in ihren Reihen auftrieb geben. Schließlich hat sie seit ihrer Amtseinführung die militärische Option nie gänzlich aufgegeben, ganz im Gegensatz zu ihren Äußerungen vor der Wahl. Diese Option wird aber zu einem breit angelegten Krieg führen, nicht nur gegen die LTTE, sondern auch gegen die gesamte tamilische Bevölkerung. Dabei werden die Verluste vor allem unter der Zivilbevölkerung hoch sein. Wie meint die Regierung denn einen Krieg mit der LTTE von einem Krieg gegen die Bevölkerung trennen zu können.

Ein solches Szenario führt die westlichen Regierungen jedoch in ein sehr turbulentes Fahrwasser. Zuerst werden die Tamilen ein großes Fragezeichen hinter die Absicht und Ernsthaftigkeit dieser Regierungen setzen, sofern sie weiterhin die hiesige Regierung zu militärischen Aktionen ermutigen oder gar offen unterstützen. Bislang war die tamilische Bevölkerung überzeugt, daß die westlichen Regierungen ihren Einfluß dazu nutzen würden, die Armee Sri Lankas von einem umfassenden Genozid abzuhalten.

Zum zweiten, und dies ist weit wichtiger, sind viele der Länder, die nun die LTTE verurteilen, früher als Schlichter zwischen beiden Parteien aufgetreten. Diese Denunziation der LTTE und die Unterstützung für Kumaratunga, verbunden mit der Ermutigung zu militärischen Aktionen, wird zukünftige Möglichkeiten dieser Länder zur Friedensvermittlung einschränken. Die LTTE muß nun an Eignung und Neutralität dieser Regierungen für weitere Verhandlungen zweifeln. In dieser sensiblen Situation wäre es für die westlichen Regierungen angebrachter, sofern sie tatsächlich an einer friedlichen Einigung in Sri Lanka interessiert sind, ihre indirekte Unterstützung des Militärs zu unterlassen und geduldig auf eine friedliche Lösung des Friedensprozesses zu drängen.